

Kurzbericht zur Arbeit im Jahr 2016

**22. Dezember
2016**

Der Kampf gegen neue Tagebauprojekte in der Lausitz prägte auch 2016 unsere Arbeit.

Die **Neuaufstellung des Landesentwicklungsplanes** bot uns die Möglichkeit, gegen alle in Brandenburg vorstellbaren Braunkohletagebaue wirksam vorzugehen. Nachdem wir gemeinsam mit Berliner Partnern die gemeinsame Landesplanung in den vergangenen zwei Jahren regelmäßig thematisiert hatten, bekennt sich nun der neue Berliner Koalitionsvertrag dazu, neue Tagebaue auf diesem Weg verhindern zu wollen. Einen **offenen Brief** von Berlin-Brandenburger Umwelt-, Entwicklungs- und Bauernverbänden, Kommunen und Kirchenvertretern an die Politiker haben wir mit initiiert. Im Dezember konnten wir an die gemeinsame Landesplanungsabteilung **Stellungnahmen aus 28 brandenburgischen Orten übergeben**, die an oder auf Kohlefeldern liegen und ein verbindliches Verbot neuer Tagebaue fordern. Kommunen wie Forst(Lausitz), Calau oder Schenkendöbern haben sich unserer Forderung offiziell angeschlossen.

Wir sorgten durch eine Protestaktion für die Sichtbarkeit des Lausitzer Braunkohle-widerstandes beim **Besuch der Bundes-umweltministerin** am 25. Januar in Schwarze Pumpe und konnten in einem kurzen Gespräch mit der Ministerin deutlich machen, dass viele Lausitzer einen rechtzeitigen Ausstieg aus der Braunkohle wollen.



Am 20. April waren wir gemeinsam mit polnischen Tagebaukritikern zu einer **Anhörung im Europäischen Parlament** in Brüssel geladen und stellten die Forderungen der deutschen Betroffenen dar.

Vor dem Verwaltungsgericht Dresden erreichten wir im April ein **bundesweit bedeutsames Urteil zur Akteneinsicht**. Das Gericht stellte klar, dass Umweltdaten nicht mit Verweis auf Urheberrecht geheim gehalten werden dürfen. Über Jahre hatte uns zuvor der Landkreis Görlitz Angaben dazu vorenthalten wollen, welche Arten und Lebensräume durch den Tagebau Nochten zerstört werden.

Zum **Verkauf der Lausitzer Braunkohlesparte** von Vattenfall an EPH haben wir uns im **Brandenburgischen Braunkohlenausschuss** wie in den Medien immer wieder zu Wort gemeldet und insbesondere auf die fehlende Sicherheit der Rückstellungen für Tagebaufolgekosten hingewiesen.

Wir wirken in den Klagebündnissen gegen die Braunkohlenpläne **Nochten II** und **Welzow-Süd II** mit. Derzeit prüft das Bundesverwaltungsgericht im Nochten-Verfahren, ob Umweltverbänden und Bewohnern die Klagebefugnis zuerkannt wird. Bis dies grundsätzlich entschieden ist, ruht auch das Welzow-Verfahren. Wir bereiten uns jedoch weiter auf die inhaltliche Auseinandersetzung und eventuelle bergrechtliche Verfahren vor.

Im Braunkohlenplanverfahren **Tagebau Jänschwalde-Nord** wurde die überfällige Entscheidung zur Einstellung des Verfahrens von der Landesregierung immer weiter verschleppt. Wir beteiligten uns am 3. Januar am [Sternmarsch](#) sowie am Reformationstag in Atterwasch und organisierten eine [Protestaktion vor dem Brandenburger Energietag](#) am 19. September in Cottbus.



Nachdem die Grundwasserabsenkung des Tagebaues Jänschwalde als (Mit-)Ursache für das **Austrocknen des Moorgebietes Pastlingsee** selbst von den Landesbehörden nicht mehr ausgeschlossen wird, unterstützten wir unseren Landesverband Grüne Liga Brandenburg bei rechtlichen Schritten. Der öffentliche Druck führte dazu, dass durch das Umweltministerium eine Arbeitsgruppe gebildet wurde, in der auch wir vertreten sind. Das Land sagte zu, ein Gutachten zur Ursachenermittlung in Auftrag zu geben. Bis dahin wurde mit der Einleitung von Wasser in den See eine Zwischenlösung eingerichtet und auf Druck aus der Arbeitsgruppe das Monitoring verschärft.

Beim Ende 2015 stillgelegten **Tagebau Cottbus-Nord** gab es zur Flutung als „Cottbuser Ostsee“ 2016 im Frühjahr überraschend eine zweite öffentliche Auslegung der Pläne. Wir nahmen an der Erörterungsversammlung am 1. November teil, um die von uns erarbeitete ausführliche Stellungnahme der Umweltverbände zu vertreten. Wir forderten insbesondere die Behörden auf, eine Abwälzung von langfristigen Folgekosten auf die Allgemeinheit zu verhindern. Dazu gehört beispielsweise der Austrag von Eisen und Sulfat in die Spree. Überraschend bezeichnete auch die Landesumweltbehörde die Pläne in der Erörterung als **nicht genehmigungsfähig**, so dass uns das Verfahren wohl noch länger begleiten wird, als der Tagebaubetreiber geplant hatte.



Am 24. September nahmen wir gemeinsam mit Lausitzer Tagebaubetroffenen am Treffen des **bundesweiten Bündnisses „Zukunft statt Braunkohle“** in Erkelenz (Nordrhein-Westfalen) teil. Wir brachten einen [Lausitzer Apfelbaum nach Kuckum](#), und konnten im Austausch eine rheinische Apfelsorte in Proschim pflanzen.

Zum geplanten **Tagebau Gubin-Brody** [übergaben wir am 10. Januar in Gorzów mehr als 1000 Einwendungen](#) von Bürgern, die auf der deutschen Seite der Neiße betroffen wären, an die polnischen Behörden und setzten so auch die brandenburgischen Landesbehörden unter Druck, die Unterlagen kritisch zu prüfen. Die Zahl und Qualität der Stellungnahmen von deutscher Seite hat dazu beigetragen, dass das [Verfahren im Sommer ruhend gestellt wurde](#), nachdem der Investor PGE eine Frist zur Nachreichung weiterer Untersuchungen verstreichen ließ. Gemeinsam mit den polnischen Initiativen bleiben wir wachsam, bis diese

Gefahr endgültig gebannt ist.

In die Debatte um den **Strukturwandel in Braunkohleregionen** brachten wir uns ein:

- Im Juni veröffentlichten wir das zehnteilige [Hintergrundpapier „Lausitzer Strukturen im Wandel – Mythen, Orte und Akteure“](#) und wiesen darin unter anderem auf die in der öffentlichen Debatte meist vernachlässigten lokalen Unterschiede innerhalb der Lausitz hin.

- Gemeinsam mit dem Evangelischen Kirchenkreis Cottbus und dem Liechtenstein Institut für Strategische Entwicklung veranstalteten wir am 8. September in Peitz die [Tagung „Strukturwandel Lausitz – Bilder einer Zukunft für Peitz und Region“](#), mit der wir die dringend nötige Diskussion zur Zukunft nach dem Kraftwerk Jänschwalde zwischen Wissenschaftlern, Politikern und Unternehmern vor Ort angestoßen haben.
- Als regionaler Partner organisierten wir, dass die [Entwürfe der Master Class der Universität Liechtenstein](#) als Ausstellung „Lausitz im Wandel“ an mehreren zentralen Orten wie dem Cottbuser Blechen-Carré, der Peitzer Kirche und der Universitätsbibliothek gezeigt wurden.



Der [Lausitzer-Kohle-Rundbrief](#) erreichte regelmäßig per e-mail mehr als 1600 Abonnenten bundesweit und wurde zusätzlich auf der Internetseite www.kein-tagebau.de veröffentlicht. Es erschienen in diesem Jahr 19 Ausgaben des Rundbriefs. Die beschriebenen Aktivitäten begleiteten wir mit bisher 31 **Pressemitteilungen**, die zu zahlreichen Medienberichten führte.

Mit Förderung durch die brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung wurde das **Exkursionsprojekt „Die Klimakonferenz von Paris und ihre Folgen für die Lausitz“** durchgeführt. Es fanden sieben Exkursionen mit insgesamt 128 Teilnehmern statt, die von der Firma „Spreescouts“ umgesetzt wurden.

Die Umweltgruppe organisierte am 29. April eine [Fahrt zur Aufführung des Stückes „Mein vermessenes Land“](#) im deutsch-sorbischen Volkstheater Bautzen, nachdem eine Gastaufführung am Cottbuser Staatstheater durch dessen braunkohlefreundliche Intendanz blockiert worden war.

Über den „Um-Land“-Verteiler werden etwa 70 Interessenten in der Lausitz zu **Landwirtschaftsthemen** vernetzt und informiert. Die UGC gehörte zu den Unterstützern der bundesweiten Demonstration „Wir haben es satt!“ gegen Tierfabriken am 16. Januar in Berlin und organisierte regionale Werbung in der Lausitz.

Die Umweltgruppe Cottbus ist Teil des **Netzwerkes GRÜNE LIGA** und dort als Bundeskontaktstelle Braunkohle tätig. Zu diesem Thema arbeiten wir eng mit der Klima-Allianz Deutschland und den von ihr vernetzten bundesweiten Organisationen sowie der Europäischen Klimastiftung zusammen.

Wir bedanken uns herzlich bei allen Aktiven, Spendern und Fördermitgliedern, die unsere Arbeit im zu Ende gehenden Jahr ermöglicht haben. [Spenden](#) und Beiträge an die Umweltgruppe Cottbus e.V. sind steuerlich absetzbar. Bei Spenden, die zweckgebunden für unsere Braunkohlearbeit verwendet werden sollen, sollte der Verwendungszweck „Lausitzer Kohle“ angegeben werden.

Postanschrift Umweltgruppe Cottbus e.V. Straße der Jugend 94 D-03046 Cottbus	Internet www.kein-tagebau.de E-Mail umweltgruppe@kein-tagebau.de	Telefon +49 (0151) 14420487	Spendenkonto GLS Bank BIC: GENODEM1GLS IBAN: DE17 4306 0967 1145 3769 00
--	--	---	--